

4

85

# Union in Deutschland

Bonn, den 31. Januar 1985

Helmut Kohl:

## Unsere Politik ist auf Frieden und Ausgleich gerichtet

Die Rückkehr zur Sachlichkeit in der aktuellen Auseinandersetzung um das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu ihren Nachbarn hat der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, am Montag, 28. Januar 1985, vor dem Präsidium der CDU in Bonn gefordert. „Die Fortsetzung der emotionalen Auseinandersetzung schadet dem Ansehen und den Interessen der Bundesrepublik Deutschland aber auch dem Ansehen der Vertriebenen selbst“, sagte Helmut Kohl.

Einige wenige Scharfmacher hätten es zu verantworten, daß der in der Stuttgarter Gewaltverzichtserklärung der Vertriebenen schon im Jahre 1950 zum Ausdruck gekommene Wille zum Frieden und zur Versöhnung in Zweifel gezogen werden konnte. „Es liegt jetzt an den Verantwortlichen der Vertriebenenverbände, eindeutige Konsequenzen zu ziehen, um Mißdeutungen der wahren Absichten der Vertriebenen auszuschließen“, erklärte der CDU-Vorsitzende. Weder jugendliche Wirrköpfe noch geschichtsferne Phantasten dürften den Respekt und die Achtung aufs Spiel setzen, die die Vertriebenen sich in den vergangenen 40 Jahren durch ihren Beitrag zum Auf-

**In dieser Ausgabe lesen Sie:**

### ■ KANZLERBRIEF

Klarheit und Glaubwürdigkeit kennzeichnen die Politik der Bundesregierung **Seite 3**

### ■ BUNDESPARTEI

Tatkräftige Hilfe für die wahlkampf führenden Landesverbände **Seite 5**

### ■ PERSHING-UNFALL

Manfred Wörner: Zu keinem Zeitpunkt war die Bevölkerung in Gefahr **Seite 7**

### ■ UMWELTSCHUTZ

Schadstoffarme Autos werden von der Kfz-Steuer befreit **Seite 9**

### ■ NRW-CDU

Vertrauen für den Spitzenkandidaten **Seite 11**

### ■ SPD

Richtungsstreit in der Bundestagsfraktion **Seite 14**

### ■ DOKUMENTATION

Neue Armut durch Arbeitslosigkeit? / Fakten gegen Sozialdemagogie **grüner Teil**

# Frauenbeschäftigung und neue Technologien

Am 10. Dezember 1984 hat der Bundesvorstand der CDU beschlossen, auf dem 33. Bundesparteitag in Essen (20.—22. März 1985) die Situation der Frauen in der Gesellschaft, im Arbeitsleben, in der Familie und in der Politik in den Mittelpunkt der Parteitagsberatungen zu stellen. Der Bundesparteitag wird hierzu Leitsätze verabschieden, die Lösungswege aufzeigen sollen, wie die Möglichkeiten für Frauen verbessert werden können, Familie und Beruf zu vereinbaren und wie im Interesse von Frauen auf die Einführung neuer Technologien im Arbeitsleben reagiert werden muß.

Um die auf dem Stuttgarter Parteitag begonnene Diskussion über die Auswirkungen neuer Technologien auf die Situation der Frauen möglichst sachkundig weiterführen zu können, veranstaltete die CDU am 29. Januar 1985 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn eine Anhörung zum Thema

„Frauenbeschäftigung und neue Technologien“.

Den einleitenden Vortrag hielt die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Dorothee Wilms. 23 Sachverständige nahmen Stellung zu den Auswirkungen neuer Technologien auf Frauenbeschäftigung und ihre Ursachen sowie zu Möglichkeiten der Sicherung und Öffnung von Arbeitsplätzen für Frauen angesichts neuer Technologien. In einem intensiven Dialog mit den Sachverständigen erörterte die Anhörungskommission der CDU unter Leitung von Staatssekretärin Maria Berr-Beck diese Fragestellungen.

Zu den angehörten Fachleuten gehörten neben Vertretern der Bundesanstalt für Arbeit auch Wissenschaftlerinnen, Vertreterinnen der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände, Unternehmerinnen, Betriebsrätinnen und Repräsentantinnen der Frauengruppen.

*(Fortsetzung von Seite 1)*

bau der Demokratie in Deutschland erworben haben. Ohne den Beitrag der Vertriebenen beim Wiederaufbau wäre die Bundesrepublik Deutschland nicht möglich gewesen.

Mit Entschiedenheit wandte sich Helmut Kohl gegen den Versuch kommunistischer Propagandisten, die extremen Positionen einzelner dazu zu mißbrauchen, die auf Frieden und Ausgleich gerichtete Politik der Bundesrepublik Deutschland zu verleumden. Der Parteivorsitzende verwies auf das Grundsatzprogramm der CDU, in dem die Androhung oder Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik ausdrücklich ausgeschlossen und die Verbindlichkeit aller Verträge der Bundesrepublik Deutschland bekräftigt wird. „Dies ist die

Grundlage christlich-demokratischer Politik, die alle Mandatsträger der CDU bindet“, sagte der Kanzler.

Mit Besorgnis wies der CDU-Vorsitzende darauf hin, daß die SPD den kommunistischen Propagandisten bereitwillig die Stichworte für ihre absurde Revanchismuskampagne liefere. Das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland werde gefährdet, wenn Sozialdemokraten die Fehlleistungen einzelner vor allem auch mit Blick auf den 40. Jahrestag des Kriegsendes benützten, um den Anschein zu erwecken, die Demokratie in Deutschland sei durch Neonazis gefährdet. „Parteipolitische Auseinandersetzungen müssen sein. Sie finden jedoch dort ihre Grenzen, wo es um die nationalen Interessen geht“, stellte Helmut Kohl fest.

## ■ KANZLER-BRIEF

# Klarheit und Glaubwürdigkeit sind die Kennzeichen unserer Politik

**Bundeskanzler Helmut Kohl hat in Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um das Motto des im Juni geplanten Schlesiertreffens an den Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka folgenden Brief geschrieben:**

Sehr geehrter Herr Dr. Hupka,  
Ihren Brief vom 22. Januar 1985 habe ich erhalten.

Die öffentliche Diskussion über das ursprüngliche Motto für das Deutschlandtreffen der Schlesier und Ihre eigenen notwendig gewordenen wiederholten persönlichen Interpretationen haben deutlich bewiesen, daß es wünschenswert gewesen wäre, die Festlegung des Mottos von Anfang an mit größerer Sorgfalt zu treffen. Damit hätten von vornherein Mißverständnisse wie auch ein propagandistischer Mißbrauch der legitimen Anliegen der Schlesier vermieden werden können. Beides konnte auch nicht im Interesse der Landsmannschaft Schlesiens sein.

Ihr Brief und Ihre jüngsten Erklärungen veranlassen mich, noch einmal auf die Position der Bundesregierung und als Parteivorsitzender auf die der CDU hinzuweisen. In meiner Rede am 2. September 1984 auf der Kundgebung des Bundes der Vertriebenen habe ich öffentlich noch einmal wiederholt, daß die Deutschlandpolitik der von mir geführten Bundesregierung bestimmt bleibt durch

- das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,
- den Deutschlandvertrag,
- die Ostverträge, die Briefe zur deutschen Einheit sowie der gemeinsamen

*Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972,*

*— den Grundlagenvertrag mit der DDR und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973 und vom Juli 1975.*

*Ich habe gleichzeitig auf die vom Deutschen Bundestag am 9. Februar 1984 mit den Stimmen der CDU/CSU, FDP und der SPD-Fraktion verabschiedete Resolution verwiesen, in der es heißt:*

*„Unser Land ist geteilt, aber die deutsche Nation besteht fort. Aus eigener Kraft können wir Deutschen den Zustand der Teilung nicht ändern. Wir müssen ihn aber erträglicher und weniger gefährlich machen. Ändern wird er sich nur im Rahmen einer dauerhaften Friedensordnung in Europa. Es bleibt unsere Aufgabe, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Der Deutsche Bundestag bekräftigt das dem deutschen Volk zustehende Recht auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts.“*

*In diesem Zusammenhang darf ich Sie auch an beide Regierungserklärungen vom 13. Oktober 1982 und 4. Mai 1983 erinnern.*

*In meiner ersten Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 habe ich erklärt, daß die Bundesregierung „auf dem Wege der Verständigung mit dem polnischen Volk fortschreiten und den Vertrag vom Dezember 1970 im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit Leben erfüllen“ will.*

*Diese Politik habe ich in meiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 noch ein-*

mal bekräftigt und für die Bundesregierung erklärt:

„Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen ihrer Friedenspolitik ihren Kurs der Verständigung, der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit auch mit den Staaten des Warschauer Paktes beharrlich und ohne jede Illusion über die bestehenden Gegensätze weiterverfolgen.

Die Grundlage sind die geschlossenen Verträge, nach deren Buchstaben und Geist wir unsere Politik mit dem Osten gestalten wollen.“

Und an Polen gerichtet habe ich gesagt:

„Wir wollen Aussöhnung und Verständigung mit Polen, wie sie in beispielhafter Form von beiden Kirchen eröffnet wurden. Geschlossene Verträge gelten. Wir wollen sie nutzen zum Ausbau unserer Beziehungen.“

Im Vertrag vom 7. Dezember 1970 haben die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen vereinbart,

„daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind.“

In Artikel 1 Absatz 3 erklären beide Seiten:

„daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.“

Im Artikel 4 wie in den Vertragsverhandlungen selbst und im parlamentarischen Zustimmungsverfahren ist aber ebenso verankert und deutlich gemacht worden, daß dieser Vertrag „nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen berührt“.

Damit sind alle deutschen Interessen unmißverständlich für alle Seiten gewahrt. Damit ist aber zugleich die Klarheit, Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit der Politik der Bundesregierung garantiert. Es

sollten deshalb alle Seiten vermeiden, durch öffentliche Erklärungen Zweifel an diesen Positionen zu wecken oder Anlaß für Mißverständnisse zu geben.

Es war eine große Stunde in der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge selbst, trotz ihres bitteren Schicksals, 1950, fünf Jahre nach dem Krieg, als erste in ihrer Stuttgarter Charta sich feierlich zum Gewaltverzicht, zur Versöhnung und Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas ausgesprochen haben. Dies war eine klare Absege an Revanchismus und eine Botschaft des Friedens.

Ich habe deshalb immer — und werde dies auch künftig tun — die Vertriebenen und Flüchtlinge gegen alle Vorwürfe des Revanchismus leidenschaftlich verteidigt. Ich habe mich mit gleicher Leidenschaft für ihre legitimen Interessen eingesetzt. Aus diesem Grunde habe ich zugesagt, zu den Schlesiern auf ihrem Deutschlandtreffen zu sprechen.

Gerade aber die gerechtfertigten Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge verlangen es, daß keine Erklärungen erfolgen, die Emotionen schüren und zu Mißverständnissen Anlaß geben. Dies gilt für uns alle, auch für die, die im Namen der Vertriebenen und Flüchtlinge sprechen.

Die Teilung Deutschlands kann nur überwunden werden, wenn die Spaltung Europas überwunden wird. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Wir werden dabei die Geduld nicht verlieren, aber wir dürfen dafür nicht selbst Hindernisse aufbauen.

Ich weiß, daß gerade auch unsere aus Schlesien vertriebenen Mitbürger einen wesentlichen Beitrag zur Verständigung mit unseren Nachbarn und zur friedlichen Entwicklung unseres Landes beigetragen haben. In diesem Sinne wünsche ich der Landsmannschaft Schlesien weiterhin eine erfolgreiche Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr  
Helmut Kohl

## ■ CDU-BUNDESPARTEI

# Tatkräftige Hilfe für die Wahlkampfführenden Landesverbände

Bei den bevorstehenden Landtagswahlkämpfen in Berlin, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen wird es darum gehen, die Bundes- und Landespolitik der CDU als Einheit darzustellen. Deshalb arbeitet die Bundesgeschäftsstelle der CDU mit den wahlkämpfenden Landesverbänden sehr eng zusammen. Es geht vor allem darum, die Erfolge der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl deutlich zu machen und diesen politischen Rückenwind zusammen mit den Leistungen der CDU in Berlin, an der Saar und in Nordrhein-Westfalen für die Union zu nutzen, stellte Bundesgeschäftsführer Peter Radunski auf einer Pressekonferenz in Bonn fest.

Ausdruck dieses Bemühens ist das neue Informationsorgan der CDU mit dem Titel „Weitersagen“ (siehe UjD 2/85). Auf zwölf Seiten präsentiert dieses Magazin im Vierfarbendruck und in einer Gesamtauflage von vier Millionen Exemplaren umfassende und verständliche Informationen über die Leistungen der Bundesregierung. Die wahlkämpfenden Landesverbände der CDU dokumentieren ihre Erfolgsbilanz auf zusätzlichen Landesseiten.

Die Bundesgeschäftsstelle ist auch der Produzent eines Films über Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Politik. Dieser Streifen hatte bei der Auftaktveranstaltung für den Berliner Wahlkampf vor über 12000 begeisterten Zuschauern in der Deutschlandhalle Premiere. Er wird in den

nächsten Wochen und Monaten auf den Großveranstaltungen mit dem Bundeskanzler gezeigt werden.

Die wahlkämpfenden Landesverbände haben sowohl die politische Planung und die Wahlwerbung als auch den Einsatz der Bundesredner mit der Bundesgeschäftsstelle der CDU koordiniert. So werden in Berlin auf 49 Veranstaltungen 18 Bundespolitiker der CDU sprechen. Im Saarland werden es 250 Veranstaltungen mit 27 Bundespolitikern sein. Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich in diesen beiden Wahlkämpfen besonders stark engagiert. Er spricht dreimal in Berlin und fünfmal im Saarland. Die Bundesgeschäftsstelle wird alles in ihrer Kraft Stehende tun, um den wahlkämpfenden Landesverbänden politisch und organisatorisch den Rücken zu stärken.

Selbstverständlich leisten auch die traditionellen Informationsmedien der Bundespartei, das „Deutsche Monatsblatt“ und „Union in Deutschland“, ihren Wahlkampfbeitrag. Sie erscheinen mit Regionalausgabe für die jeweiligen Landesverbände, um so die enge Verzahnung der bundespolitischen und der landespolitischen Argumentation zu gewährleisten.

Das CDU-Kommunikationsnetz, das in den vergangenen Jahren aufgebaute elektronische Daten- und Kommunikationssystem zwischen der Bundesgeschäftsstelle, den Landesverbänden, einigen Kreisverbänden sowie Vereinigungen der CDU, steht in diesen Wahlkämpfen vor seiner ersten großen Bewährungsprobe.

## ■ CDU Saar

# Mit ganzem Herzen dabei

**Noch sind es knapp sieben Wochen bis zum 10. März, dem alles entscheidenden Wahltag in Deutschlands kleinstem Bundesland. An diesem Tag sind rund 846 000 Wahlberechtigte, darunter 88 000 Erstwähler, zur Stimmabgabe aufgerufen. Der Endsprint hat begonnen — der Wahlkampf läuft auf vollen Touren.**

**H**erausragendes Kennzeichen des Wahlkampfes der Saar-CDU ist ein Minimum an üblichen Werbematerialien, jedoch ein Maximum an politischer Überzeugungsarbeit.

So finden allein ab Januar rund 260 Veranstaltungen aller Art statt, wobei eine verstärkte Zielgruppenansprache im Mittelpunkt der Aktivitäten steht. Bezieht man die Herbstkampagne der CDU mit ein, so stehen bis zum 10. März insgesamt über 500 Veranstaltungen auf dem Programm.

Der CDU kommt von Tag zu Tag mehr ein Stimmungsumschwung zugute, der sich in den letzten Wochen und Monaten vollzogen hat. Dies gilt im Bund wie in den Ländern. Der Union wird in 19 von 24 Politikbereichen, insbesondere der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die größere Sachkompetenz von den Wählern zugesprochen.

Die Bevölkerung an der Saar hat erkannt, daß die CDU zur Lösung, insbesondere der Stahlkrise, die besseren Argumente und die kompetenteren Politiker in ihren Reihen hat und die Probleme an der Saar nicht durch einen Verweigerungs- und Verstaatlichungsfetischismus à la Oskar Lafontaine bewältigt werden können.

Überhaupt ist es merklich still geworden um den ansonsten eifernden SPD-Linksaußen Oskar Lafontaine. Und dies auch schon vor seiner krankheitsbedingten Zwangspause.

„Seit Wochen schon schleicht Lafontaine auf Samtpfoten durchs Land, und ich vermute, daß er bald auch Kreide frühstücken wird, damit man ihn nicht mal mehr an der Stimme erkennen kann.“ So charakterisiert CDU-Ministerpräsident Werner Zeyer bei der Vorstellung seines Programms und der Kandidaten der CDU Saar die wahlkampfaktisch bedingte „Wandlung“ seines Herausforderers.

Der Wunschpartner Lafontaines, die Grünen, bieten im Saarland den gleichen Anblick innerer Zerrissenheit wie auf Bundesebene. Erst Ende Januar, nach Wahlanfechtungen und programmatischen, nur durch Formelkompromisse vertuschten Spaltungen in entscheidenden Fragen, waren die Grünen in der Lage, dem saarländischen Wähler ihre Kandidaten und als Programm ihre Tolerierungsbedingungen der SPD zu präsentieren.

Die Umsetzung dieser Forderung in einer rotgrünen Koalition bedeutet das politische und wirtschaftliche „Aus“ für das Saarland. Bleibt zu hoffen, daß der Wähler am 10. März einer von solcher Ignoranz gegenüber den saarländischen Problemen gekennzeichneten Politik mit seinem Stimmzettel einen Denkzettel verpaßt.

Die CDU dagegen kann eine stolze Leistungsbilanz vorweisen. Trotz einer in alle Bereiche ausstrahlenden Strukturkrise bei Kohle und Stahl betrieb die CDU eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik. Eine innovationsfreudige Ansiedlungspolitik der CDU bietet eine gute Grundlage zur Fortsetzung dieser zukunftssichernden Politik.

So lag das Saarland im Dezember 1984 mit einer Teuerungsrate von lediglich 1,9 Prozent besser als die vergleichbare Zahl für die gesamte Bundesrepublik.

## ■ PERSHING-UNFALL

# Manfred Wörner: Zu keinem Zeitpunkt war die Bevölkerung in Gefahr

**Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner erklärte in der aktuellen Fragestunde des Deutschen Bundestages am 25. Januar 1985 zum Pershing-Unfall bei Heilbronn: Die Bundesregierung nimmt diesen Unfall sehr ernst. Wir verstehen die Sorgen der Bürger und fühlen uns, wie es unsere Pflicht ist, für ihre Sicherheit verantwortlich. Wir haben deswegen von Anfang an mit Nachdruck auf eine lückenlose Aufklärung der Unfallursache hingewirkt. Wir werden für eine umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Untersuchungsergebnisse sorgen, sobald sie vorliegen.**

Ich sage hier ganz klar: Sobald die Unfallursachen eindeutig geklärt sind, muß und wird alles geschehen, um eine Wiederholung des Unfalls zu verhindern und gegebenenfalls zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen in die Wege zu leiten.

Ich habe sofort, nachdem der Unfall passiert war, im Einvernehmen mit den Amerikanern einen militärischen Sachverständigen der Bundeswehr als Beobachter zu den Untersuchungen entsandt. Er begleitet und unterstützt die amerikanische Expertenkommission und befindet sich im Augenblick mit den Experten in den Vereinigten Staaten.

Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. Erst wenn sie vorliegen, können endgültige Schlußfolgerungen gezogen werden. Unbeschadet der Untersuchungsergebnisse, die wir abwarten müs-

sen, läßt sich aber zu einigen Punkten feststellen:

1. Bei dem Unfall am 11. Januar 1985 in Waldheide bei Heilbronn war die Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt in Gefahr, weder in der Nähe noch im weiteren Umkreis des Unfallortes. Nukleare Gefechtsköpfe waren von diesem Brandunfall nicht betroffen.

Die in der Sendung „Monitor“ aufgestellte Behauptung, es habe die Gefahr einer Verstrahlung des Großraums Heilbronn bestanden, trifft nicht zu. Das ist eine grobe Irreführung und gezielte Verunsicherung unserer Bevölkerung. Eine solche Gefahr hat zu keiner Zeit und in keiner Weise bestanden. Unabhängig von diesem Unfall ist allgemein festzustellen: In der Bundesrepublik Deutschland ist noch niemals ein Unfall mit einem nuklearen Sprengkörper, also dem nuklearen Teil von Waffen, geschehen.

2. Die Nuklearwaffen sind unter strengsten Sicherheits- und Schutzvorkehrungen gelagert. Auf Straßentransporten und bei Übungen werden nukleare Gefechtsköpfe nicht mitgeführt. Ich möchte hier auch unterstreichen, was der Kollege Ronneburger gesagt hat: Ein Krieg aus Versehen, d. h. ein unbeabsichtigter Start, ist durch technische Vorkehrungen ausgeschlossen.

3. Die Behauptung, das Waffensystem Pershing II sei nicht hinreichend erprobt, ist unrichtig. Tatsächlich wurde das System einem umfassenden Versuchsprogramm unterzogen. Von den 22 Flugtests

verliefen 18 technisch erfolgreich, insbesondere der letzten Versuchsgruppe. Darüber hinaus ist das Waffensystem am Boden zahlreichen Erprobungen unter äußersten Belastungen ausgesetzt worden, darunter extremer Kälte.

Was die Zusammenarbeit des amerikanischen Verbandes mit Feuerwehr, Polizei und Rettungsdiensten angeht, so hat der Staatssekretär im Innenministerium von Baden-Württemberg, Ruder, bereits die Behauptung, ein Katastrophenschutz sei für diese amerikanischen Militäranlagen in Waldheide nicht vorgesehen, als unrichtig zurückgewiesen. Der Ablauf der Lösch- und Rettungsaktionen beweist das auch; die ständige Zusammenarbeit hat sich am 11. Januar 1985 bewährt. Ich darf diese Gelegenheit nützen, auch einmal den deutschen Feuerwehrleuten und auch den Angehörigen des Rettungsdienstes und der Polizei für diesen Einsatz sehr herzlich zu danken.

Lassen Sie mich also zusammenfassen: Aus diesem Unfall können erst dann endgültige und richtige Schlußfolgerungen gezogen werden, wenn das Untersuchungsergebnis ausgewertet vorliegt. Wer, ohne die Untersuchungsergebnisse abzuwarten, bereits jetzt Spekulationen anstellt oder vorschnell Sach- und Werturteile fällt, handelt unseriös. ■

## Kanzler empfing deutsche Europaparlamentarier

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am 15. Januar 1985 die Vorstandsmitglieder der Deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion, Rudolf Luster (CDU), Fritz Pirkel (CSU), Renate-Charlotte Rabbethge (CDU) und Kurt Malangré (CDU) sowie den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Siegbert Alber (CDU). Dabei betonte der Bundeskanzler, daß das Jahr 1985 für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft von besonderer

Bedeutung sei. Der Kanzler sprach sich mit Nachdruck vor allem für eine engere technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit der Europäer aus.

Auf die Frage, ob die Bundesregierung beabsichtige, wie im vergangenen Sommer in Frankreich, auch im Verhältnis zu den Benelux-Staaten die Grenzkontrollen wegzuräumen, erklärte der Kanzler, er habe dies eingeleitet und hoffe zuversichtlich, daß auch hier die Grenzen in Kürze überwunden sein werden.

Abschließend kündigte der Bundeskanzler bei diesem Gespräch an, daß er mit der Deutschen Gruppe der EVP-Fraktion noch vor der Gipfelkonferenz in Mailand im Juni ein eingehendes Gespräch über die Details der weiteren europäischen Integration führen werde.

## Klausurtagung des Landesverbandes Braunschweig

Der Wahlkampf für die Landtagswahl 1986 in Niedersachsen wird nach Einschätzung des CDU-Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann keine persönliche Auseinandersetzung zwischen Ministerpräsident Ernst Albrecht und dem SPD-Kandidaten Gerhard Schröder bringen. Die CDU werde einen sachorientierten Wahlkampf führen, versicherte Hasselmann in Salzgitter.

Auf einer Klausurtagung von rund 150 CDU-Ortsvorsitzenden aus dem Landesverband Braunschweig, die der Vorbereitung des Landtagswahlausschusses dienste, bezeichnete Hasselmann die SPD als „Partei des Nörgelns und der permanenten Unzufriedenheit“.

Die CDU will im Wahlkampf mit einer Erfolgsbilanz der Regierung Albrecht aufwarten. In den Mittelpunkt sollen die Umwelt-, Sozial-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik gestellt werden.

## ■ UMWELTSCHUTZ

# Schadstoffarme Autos werden ab sofort von der Kfz-Steuer befreit

**Es besteht nunmehr Klarheit über die Förderung des umweltfreundlichen Autos. Jeder kann ermes sen, was auf ihn zukommt, bis das schadstoffarme Auto ab 1988/89 hoffentlich auch in der Europäischen Gemeinschaft verbindlich wird, stellt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hansjörg Häfele, fest.**

**W**as bedeutet dieses Gesetz, das so bald wie möglich in Kraft treten soll, für den einzelnen Autofahrer?

### I. Schadstoffarme Autos von der Kraftfahrzeugsteuer befreit

Wer jetzt ein nach strengen US-Werten ausgerichtetes (bis zu 90 Prozent Schadstoffminderung) umweltfreundliches (= „schadstoffarmes“) Auto kauft, braucht je nach Hubraum für zehn Jahre bei einem Auto bis 1400 cm<sup>3</sup> oder für zwei Jahre bei einem Auto über 4500 cm<sup>3</sup> keine Kraftfahrzeugsteuer zu zahlen. Dies gilt, wenn das Auto bis spätestens Ende 1986 gekauft wird. Im Jahre 1987 vermindert sich die Befreiung auf sieben bis eineinhalb Jahre. Im Jahre 1988 gekaufte Autos können nur noch fünf Jahre kraftfahrzeugsteuerfrei fahren. Pkw über 2000 cm<sup>3</sup> Hubraum werden 1988 nicht mehr begünstigt.

Schadstoffarme Dieselfahrzeuge erhalten die Hälfte der Förderung, das heißt, die für Benzinern genannten Befreiungszeiträume halbieren sich.

Die Steuerbefreiung ist an das schadstoffarme Auto gebunden. Sie wird für die Dauer der Befreiung dem jeweiligen Halter des Fahrzeuges gewährt. Beim Verkauf geht sie auf den neuen Halter über.

### II. Förderung für umgerüstete Altfahrzeuge

Herkömmliche Autos, die auf „bedingt schadstoffarm“ umgerüstet sind, werden mit Wirkung ab 1. Juli 1985 auch gefördert:

— Wer bei seinem Auto eine 50prozentige Abgasreinigung erreicht, muß künftig nur noch 13,20 Mark je 100 cm<sup>3</sup> Hubraum Kraftfahrzeugsteuer zahlen. Die Steuervergünstigung für die 50prozentige Abgasreinigung gilt auch für Autos, die diese 50 Prozent bereits ohne Umrüstung erzielen — so zum Beispiel für viele Diesel-Pkw.

— Wer durch Umrüstung nur eine 30prozentige Abgasreinigung erreicht, erhält diesen niedrigen Steuersatz von 13,20 Mark für drei Jahre.

### III. Höhere Kraftfahrzeugsteuer für nicht schadstoffarme Autos

Herkömmliche Fahrzeuge können auch ohne Umrüstung weiter unbegrenzt benutzt werden. Für diese Fahrzeuge werden die Steuersätze ab 1. Januar 1986 von derzeit 14,40 Mark je 100 cm<sup>3</sup> Hubraum auf 18,80 Mark angehoben. Wer sich noch nach dem 31. Dezember 1985 ein nicht schadstoffarmes Auto kauft, muß dann 21,60 Mark je 100 cm<sup>3</sup> Hubraum Kfz-Steuer zahlen.

#### IV. Weniger Steuern für bleifreies Benzin

Damit das bleifreie Benzin, das in der Herstellung teurer ist als verbleites Benzin, an den Tankstellen in Zukunft zu etwa gleichem Preis angeboten werden kann, soll ab 1. April 1985 die Mineralölsteuer für verbleiten Ottokraftstoff um zwei Pfennig angehoben, die Mineralölsteuer für bleifreien Ottokraftstoff um zwei Pfennig je Liter gesenkt werden.

#### V. Wer ein neues Auto braucht, soll nicht warten

Es hat also niemand einen Nachteil, wenn er so schnell wie möglich einen neuen umweltfreundlichen Wagen kauft — nach jetzigem Stand der Technik ein „Katalysator“-Auto. Zu warten lohnt nicht mehr. Im Gegenteil: Jeder, der ab sofort ein umweltfreundliches Auto kauft, braucht bis zu zehn Jahre keine Kraftfahrzeugsteuer zu zahlen. Er spart damit bis zu 3000 Mark. Kauft er später, nimmt die Steuerbefreiung ab. Gleichzeitig muß er ab 1986 mit einer höheren Kraftfahrzeugsteuer als bisher rechnen. Wer ab diesem Zeitpunkt noch ein nicht-umweltfreundliches Auto anschafft, wird mit einer zusätzlichen Steuer belegt. Er muß außerdem damit rechnen, daß er beim Wiederverkauf dieses Autos fühlbare Preisabschläge hinnehmen muß.

Der Autofahrer kann damit rechnen, daß bis zum Jahresende 1985 eine flächendeckende Versorgung an bleifreiem Kraftstoff gewährleistet ist. Dies soll auch bald in den wichtigsten Urlaubsländern wie Österreich, aber auch Frankreich, Italien und Spanien der Fall sein. Obwohl aus diesen Ländern heute noch andere Stimmen zu hören sind, können es sich unsere Nachbarländer nicht leisten, auf deutsche Urlauber zu verzichten und sich vom technischen Fortschritt abzukoppeln. Der Markt, die scharfe Wettbewerbslage zwi-

schen den Mineralölgesellschaften werden diese Probleme jedoch lösen, sobald eine gewisse Anzahl umweltfreundlicher Autos auf unseren Straßen fährt.

Jetzt kommt es auf die Bürger an. Umweltschutz ist nicht allein Sache des Staates. Der Staat kann nur die Rahmenbedingungen setzen. Dies hat die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf getan. Zumindest in seinen wichtigsten Teilen wird der Gesetzentwurf wohl rasch die Bewilligung von Bundestag und Bundesrat finden. Jetzt liegt es am einzelnen Bürger. Wenn es stimmt, daß mehr als 80 Prozent unserer Bevölkerung den Umweltschutz als wichtige Aufgabe ansehen, dann werden die Bürger auch bereit sein, sich entsprechend zu verhalten. ■

#### VdK-Präsidium beim Kanzler

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am 24. Januar 1985 das Präsidium des VdK zu einem Gespräch. Von seiten der Bundesregierung waren der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm, der Parlamentarische Staatssekretär Höpfinger und der Beauftragte für die Belange der Behinderten, MdB Regenspurger, anwesend. Im Mittelpunkt des Gesprächs, das in einer aufgeschlossenen und konstruktiven Atmosphäre stattfand, standen Fragen der Kriegsopferversorgung, der Rentenversicherung und des Schwerbehindertenrechts. Der VdK trug dem Bundeskanzler zu diesen Bereichen seine Anliegen vor.

VdK und Bundesregierung betonten ihre gemeinsame Auffassung, daß die Sicherung der Arbeitsplätze und der Abbau der Arbeitslosigkeit politische Aufgabe Nr. 1 seien. Beide Seiten waren sich einig, daß auch die Beschäftigungschancen Schwerbehinderter verbessert werden müssen. Dies sei Ziel der von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzesinitiative zur Novellierung des Schwerbehindertenrechts.

## ■ NRW-CDU

# Vertrauensbeweis für den Spitzenkandidaten

**Mit einem besonderen Vertrauensvotum wählte die nordrhein-westfälische CDU am vergangenen Wochenende ihren Vorsitzenden Bernhard Worms zum Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Fast einstimmig nominierten die rund 114 Delegierten beider NRW-Landesverbände Worms als Spitzenkandidaten. Ebenso eindeutig fiel auch die Abstimmung für die Kandidaten der folgenden Listenplätze aus:**

**P**rofessor Dr. Kurt H. Biedenkopf (2), Dr. Hans-Ulrich Klose (3), Christa Thoben (4), Dr. Ottmar Pohl (5), Bernhard Brinkert (6), Margarete Verstegen (7), Heinrich Dreyer (8), Dr. Wilfried Heimes (9) und Werner Kirstein (10).

Im Anschluß an die Abstimmungen stellte Bernhard Worms in einer mit Ovationen bedachten Rede wichtige Punkte des Wahlprogramms vor. In der von Optimismus getragenen Ansprache machte er noch einmal die Entschlossenheit der Union deutlich, bei der Landtagswahl die führende politische Kraft in Nordrhein-Westfalen zu werden.

Am Tag nach der Wahl Friedrich Nowottny zum neuen Intendanten des Westdeutschen Rundfunks warnte Worms die SPD-Landesregierung davor, jetzt mit einem neuen WDR-Gesetz „dem Intendanten Handschellen anzulegen“ und weitreichende Einschränkungen in den Kompetenzen des Intendanten vorzunehmen.

Den „un glaublichen Sprüchen“ des

Herrn Rau erteilte Worms eine eindeutige Absage. Rau habe mit seinem Ausdruck von der „fidelen Resignation“ seine eigene Lage bereits deutlich gemacht. Im Zusammenhang mit dem neuen Skandal um den Hagener Landtagsabgeordneten und Ex-Justizminister Dr. Dieter Haak erklärte Worms: „Wer glaubt, mit dem Rücktritt des Justizministers habe die Angelegenheit ihren politischen, rechtlichen und moralischen Abschluß gefunden, der irrt.“ Mit einer „Onkel-Wirtschaft“, mit Liegenlassen und Entscheidungsverweigerung habe Rau wieder einmal gezeigt, welches Verständnis er von der Führung der ihm anvertrauten Staatsgeschäfte habe. Rau hatte einen Onkel aus seiner Familie — den SPD-Abgeordneten Peter Heinemann — mit der Prüfung der Vorgänge um Haak beauftragt.

Die Geschehnisse im Umfeld der Regierung Rau in den letzten Jahren bezeichnete Worms als „ungeheuerlich“. Seit seiner Amtsübernahme hätten Rau fünf seiner Landesminister verlassen. „Meine Freunde, es wird Zeit, daß am 12. Mai diese verlassene Landesregierung endgültig entlassen wird.“

„Arbeit und Aufschwung“ nannte Worms als Hauptschwerpunkt des Wahlprogramms. Die nordrhein-westfälische Beschäftigungskrise zu überwinden, sei die größte Herausforderung. Neue Arbeitsplätze zu schaffen sei in dieser Zeit die beste Sozialpolitik und die wirksamste Politik für Arbeitnehmer. Was SPD-Herrschaft in Nordrhein-Westfalen bedeute, habe man in den Jahren der Rau-Regie-

rung zur Genüge sehen können. „In Nordrhein-Westfalen ist die Arbeitslosigkeit höher als im Bundesdurchschnitt, die Zahl der Pleiten ist höher, neue Technologien siedeln sich zunehmend in anderen Teilen der Bundesrepublik an und die Zahl der jungen Menschen, die vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, ist in Nordrhein-Westfalen höher als in jedem anderen Bundesland.“

Rau habe die überlegene Kraft der Sozialen Marktwirtschaft nie begriffen und unsere Wirtschaft mit staatlichen Interventionen und bürokratischer Gängelung blockiert. „Wer heute Butter von der Landesregierung will, muß ihr vorher Milch auf dem Dienstweg schicken.“ Worms rief dazu auf, Nordrhein-Westfalen wieder zum wirtschaftlichen Mittelpunkt, zum „nationalen Modell“ ökonomischer Schlagkraft zu machen. „Wir brauchen nicht die sozialdemokratische Mängelbewirtschaftung, sondern Entschlossenheit zur Mängelbeseitigung... Wir brauchen nicht den Spätzünder Rau, sondern den Späth-Effekt wie in Baden-Württemberg.“

Worms setzt einerseits auf die traditionellen Branchen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft, erteilt aber dem „süßen Gift ständiger Erhaltungssubventionen“ eine deutliche Absage. Andererseits sei eine Offensive von neuen Schlüsseltechnologien und ihrer Ansiedlung in Nordrhein-Westfalen dringend notwendig. Nordrhein-Westfalen stehe in der Gefahr, zu einer technologischen Diaspora zu werden. „Hand in Hand mit der Bonner Regierungspolitik“ müsse man arbeiten, um Nordrhein-Westfalen am Aufschwung der deutschen Wirtschaft teilhaben zu lassen. Die Politik von SPD und Grünen bedeute nur die Abkoppelung vom Aufschwung.

Auf die weiteren Punkte des Programms ging Worms nur kurz ein. Er nannte den Schutz der Luft, des Wassers und des Bodens eine wichtige Aufgabe für die Zu-

kunft. Umweltschutz dürfe aber nicht gehen, müsse vielmehr mit den Kräften der Sozialen Marktwirtschaft arbeiten. „Wir sollten die Chance nutzen, die der Umweltschutz als ein neuer ökonomischer Faktor auszulösen in der Lage ist.“

Als weiteren Schwerpunkt nannte der CDU-Landesvorsitzende die Familienpolitik. Er wolle im „Jahr der Jugend“ Nordrhein-Westfalen zu einem familienpolitischen Durchbruch führen. Darüber hinaus kündigte Worms eine Neuordnung der Schulpolitik an. „Wenn man jahrelang dafür gebraucht hat, heute festzustellen, daß in unseren Schulen wieder seriöses, handfestes Wissen vermittelt werden muß, dann haben wir einen ziemlich heruntergekommenen Begriff von guter Schulpolitik.“

Zum Ende seiner von Zuversicht getragenen Rede erinnerte Worms daran, daß sich bei der Bundestagswahl 1983 „52 Prozent der NRW-Wähler für die Koalition der Mitte ausgesprochen hätten“. Dies sei das Wählerpotential, das es auch für die kommende Landtagswahl zu mobilisieren gelte. Er sehe „gute Chancen“ für seine Partei, die Wahl am 12. Mai zu gewinnen und mit der CDU für Nordrhein-Westfalen auch „gute Chancen zur Erneuerung“.

Unter minutenlangem Beifall rief Worms seine Mitstreiter auf, mit Zuversicht in den Wahlkampf zu gehen. ■

## **MdB Rühle sprach mit Vertretern der türkischen Mutterlandspartei**

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik der CDU und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle, hat am Freitag, 25. Januar 1985, führende Vertreter der türkischen Mutterlandspartei zu einem Gespräch empfangen. Bei der Unterredung ging es vor allem um die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Mutterlandspartei und der CDU.

## ■ GEWERKSCHAFTEN

# Gespräch Kanzler – DGB-Chef: Das Ergebnis war positiv

**Auf Einladung und unter Leitung des Bundeskanzlers fand am 23. Januar 1985 ein sechsstündiges Gespräch einer Delegation des DGB-Bundesvorstandes mit Mitgliedern des Bundeskabinetts statt. Für dieses Gespräch hatte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit zur Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik 13 Fragen vorgelegt.**

**D**ie Diskussion dieser Fragen führte zu folgenden ersten Ergebnissen:

1. Zu folgenden Themenbereichen werden von DGB und Bundesregierung Arbeitsgruppen gebildet:

— Technologischer Fortschritt und Auswirkungen auf die Arbeitsplätze,

— Grundfragen der Sicherung der Systeme der Altersversorgung,

— Instrumente und Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes,

— Investitionshaushalte der Kommunen.

2. Über eine realistische Bewertung und Einschätzung der Zahl der nachgefragten und angebotenen Ausbildungsplätze soll zwischen Experten beider Seiten gesprochen werden.

3. Über die Bedingungen für die Beschäftigung von Arbeitnehmern aus Staatshandelsländern soll zwischen Experten beider Seiten gesprochen werden.

4. Die Diskussion der vom DGB vorgelegten Fragen soll in drei bis vier Monaten bei einem weiteren Gespräch fortgeführt werden.

5. Die Bundesregierung wird die Fraktio-

nen von CDU/CSU und FDP bitten, über die Änderungsabsichten beim Betriebsverfassungs- bzw. Personalvertretungsgesetz mit dem DGB ein weiteres Gespräch zu führen.

6. Die Möglichkeit, über konkrete Fragen zwischen DGB, Arbeitgebern und Bundesregierung Gespräche zu führen, wurde erörtert; zu einer abschließenden Meinungsbildung kam es noch nicht.

An dem Gespräch nahmen als Vertreter der Bundesregierung auch die Bundesminister Gerhard Stoltenberg, Martin Bange mann, Norbert Blüm, Werner Dollinger, Christian Schwarz-Schilling, Oskar Schneider und Wolfgang Schäuble teil.

Der DGB war vertreten durch den Vorsitzenden Ernst Breit, die stellvertretenden Vorsitzenden Gustav Fehrenbach und Gerd Muhr, die Vorstandsmitglieder Ilse Brusis, Siegfried Bleicher und Lothar Zimmermann sowie durch die Vorsitzenden von 8 Einzelgewerkschaften, Monika Wulf-Mathies (ÖTV), Hans Mayr (IG Metall), Conrad Carl (IG Bau-Steine-Erden), Adolf Schmidt (IG Bergbau und Energie), Hermann Rappe (IG Chemie-Papier-Keramik), Horst Morich (Gewerkschaft Holz und Kunststoff), Kurt van Haaren (Deutsche Postgewerkschaft) und Berthold Keller (Gewerkschaft Textil-Bekleidung). ■

## IG Metall verlor 38 000 Mitglieder

Die Industriegewerkschaft Metall hat im vergangenen Jahr fast 38 000 Mitglieder verloren. Wie der Hauptkassierer mitteilte, betrug die Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1984 noch 2,49 Millionen.

■ SPD

## Richtungsstreit in der Bundestagsfraktion

**Der Richtungsstreit innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion und das ungeklärte Verhältnis der SPD zu den Grünen bestätigen die Sorge, die wir am Jahresende über den Zustand der Opposition im Deutschen Bundestag zum Ausdruck gebracht haben, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters:**

Die SPD-Bundestagsfraktion, gesteuert vom Fraktionsvorsitzenden Vogel, aber auch vom SPD-Vorsitzenden Brandt, starrt wie gebannt auf die Grünen und richtet ihre Arbeit an der kleineren Oppositionspartei aus. Der frühere Grundkonsens unter den Parteien, die diese Republik aufgebaut haben, schwindet innerhalb der SPD immer mehr. Wenn besorgte Sozialdemokraten heute äußern, die SPD habe bundespolitisch die politische Mitte geräumt, so ist dies eine treffende Beschreibung der gegenwärtigen Situation.

Die CDU/CSU unterstreicht ausdrücklich die Formulierungen der Vogel-Kritiker, wonach die Grünen Wanderer zwischen Ost und West sind, die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur Wertegemeinschaft der freiheitlichen westlichen Demokraten leugnen, einen Ausstieg aus der Industriegesellschaft zu Lasten der Arbeitnehmer wollen und der parlamentarischen Grundordnung mit Vorbehalten — ich füge hinzu: teilweise mit Ablehnung —

begegnen. Die CDU/CSU unterstreicht auch die These, daß die demokratischen Parteien keine andere Republik anstreben sollten, sondern eine immer bessere.

Unsere Demokratie ist stabil. Sie hat eine handlungsfähige und erfolgreiche Regierung. Aber es wäre noch besser für unser Land, wenn die größte Oppositionspartei wieder zurückfände zu einem Grundkonsens mit den Regierungsparteien über den Auftrag des Staates und der parlamentarischen Demokratie, statt sich — wie führende Kreise der SPD — immer stärker den Grünen anzubiedern.

### Dazu einige Pressestimmen:

*Die SPD hat sich über Nacht ins Gerede gebracht. Peinlich, kann man da nur sagen; vor allem, wenn man bedenkt, daß ja Landtagswahlen vor der Tür stehen . . .*

**Westdeutscher Rundfunk, 23. Januar 1985**



*Das Grünen-Problem reicht für die SPD noch tiefer. In ihm steckt nämlich die Gefahr, daß die alten Links-rechts-Kontraste bei den Sozialdemokraten wieder sichtbar werden . . . Um die Klärung des Verhältnisses zu den Grünen kommt die SPD aber nicht herum . . .*

**Hessischer Rundfunk, 23. Januar 1985**



*Die Grünen wechseln täglich ihr Gesicht . . ., das ungeklärte Verhältnis zu den Grünen ist mithin ein voraussehbarer Dauerzustand für die SPD.*

**Bayerischer Rundfunk, 23 Januar 1985**



*„Ich sehe schon alle Agenturen berichten: Die SPD streitet sich über die Grünen.“*

**SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz**



*„So ist es doch auch.“*

*Antwort des SPD-Abgeordneten Reuschenbach*

**Bild, 23. Januar 1985**

## ■ HESSEN

### Votum gegen Neuaufgabe rotgrüner Politik

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat es bedauert, daß die SPD keine klare Entscheidung über das Angebot zur Bildung einer großen Koalition getroffen habe.

Damit, so heißt es in einer Stellungnahme, verweigerten sich die Sozialdemokraten einer sachgerechten Lösung der krisenhaften landespolitischen Situation in Hessen. Die Landespolitik könne für den Rest der Legislaturperiode nur über klare Vereinbarungen zwischen SPD und CDU dauerhaft stabilisiert werden. Da die Sozialdemokraten offensichtlich die politische Zusammenarbeit mit den Grünen nach der Kommunalwahl fortführen wollten, werde die CDU die hessische Bevölkerung dazu aufrufen, „ihr Votum gegen eine Neuaufgabe rotgrüner Politik in Hessen abzugeben“.

Als „Provokation“ wertete die CDU, daß die SPD nach den Angaben des stellvertretenden Landesvorsitzenden, Hans Krollmann, die Verabschiedung des Landesrats 1985 mit der des Energie- und Förderstufenabschlußgesetzes koppeln wolle. Ein weiteres Indiz dafür, daß die hessische SPD an dem mit den Grünen eingeschlagenen Weg festhalten will, sieht man in Wiesbaden darin, daß Wirtschaftsminister Ulrich Steger im Auftrag des SPD-Landesvorstandes Wege zum langfristigen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie prüfen soll.

## ■ ÖA

### Neue Materialien zum Thema Umweltschutz

**Faltblatt: „Zum Schutz der Natur — Zum Wohle des Menschen“.  
Fünf Thesen zur Umweltpolitik.**

Das Faltblatt erläutert wichtige umweltpolitische Fragen am Beispiel von fünf Thesen:

- Umweltschutz muß nüchtern und mit Augenmaß betrieben werden.
- Wir brauchen mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz.
- Ohne technischen Fortschritt gibt es keinen wirksamen Umweltschutz.
- Die internationale Zusammenarbeit muß verstärkt und besser abgestimmt werden.
- Wir brauchen eine neue Solidarität mit der Natur.

**Eine ausgezeichnete Argumentationshilfe bei den bevorstehenden Landtags- und Kommunalwahlen.**

Mindestabnahme: 100 Expl.  
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM  
**Bestell-Nr.: 2608**

**Broschüre: „Boden und Landschaft. Gemeinsam müssen wir unsere Umwelt schützen“.**

Die Broschüre ist eine Dokumentation des CDU-Fachkongresses am 13. November 1984 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus und gibt die dort gehaltenen Vorträge wieder. Zu diesem vielbeachteten Kongreß waren 500 Teilnehmer erschienen.

Mindestabnahme: 50 Expl.  
Preis pro Mindestabnahme: 26,50 DM  
**Bestell-Nr.: 5607**

**Hinweis: In UID 35/84 brachte der UID eine Bilanz der Umweltpolitik der Regierung Helmut Kohl als Dokumentation.**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1

## ■ ZITATE

### Die SPD am Anfang des Jammertals

Vor Jahrzehnten begrüßten die Sozialdemokraten den Genossen Trend in ihren Reihen. Jetzt plagt sie der Genosse Frust. Die jüngste Auseinandersetzung in der SPD-Fraktion kann — in ihrer lähmenden Gereiztheit — nicht die letzte gewesen sein. Sie hat die inneren Zweifel der Sozialdemokraten bloßgelegt und vertieft, nicht etwa besänftigt.

Die Ausarbeitung des Fraktionsvorsitzenden Vogel war nur der Anlaß für den Disput, nicht der wahre Grund. Wenn sich nicht einige Abgeordnete ohnehin über Vogel hätten aufregen wollen, so hätte ihnen dieses Papier dafür kaum Muniton geboten. Und wenn hernach alle Beteiligten versichern, man habe bei aller sozusagen punktueller Kritik nichts gegen den Fraktionsvorsitzenden, so ist dies, zumindest bei einigen, halbherzig bis unredlich. Nein,

um die Dinge zu beschreiben, wie sie sind: Die SPD glaubt in Wirklichkeit nicht mehr an sich selbst. Und sie projiziert diese Malaise, die wahre Lage beschönigend, auf einen Sündenbock, indem sie so tut, als glaube sie bloß nicht mehr an Hans-Jochen Vogel.

Die Lage der SPD ist ernster, als die Partei wahrhaben will. Ihr erstes Problem ist nicht das Verhältnis zu den Grünen, sondern ihr Verhältnis zu sich selbst. Und sie wird im Schlepptau des Genossen Frust sich selbst zerreden, wenn sie nicht eines in aller Konsequenz akzeptiert: Sie steht nicht am Ende, sondern am Anfang eines Jammertales. Wer einen kurzen Weg verlangt oder verspricht, führt nur weiter in die Irre...

Ein Oppositionsführer, den man selbst nicht dafür hält, ist im übrigen als solcher nur schon die Hälfte wert.

Süddeutsche Zeitung, 24. Januar 1985

★

Die einstige Reformpartei braucht nun eine Reform an Haupt und Gliedern. Je schneller sie es schafft, um so besser für uns alle.

Bild-Zeitung, 24. Januar 1985

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41-1. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

**UID**